



Luftabwehrsystem „Meads“ (Computergrafik)



Politiker Hahn  
„Immer dafür geworben“

# Unser Mann im Bundestag

**Lobbyismus** Der CSU-Verteidigungspolitiker Florian Hahn sitzt beim Technologiekonzern IABG im Aufsichtsrat – und kämpft im Parlament engagiert für Rüstungsprojekte des Unternehmens.

Eigentlich ist Florian Hahn ein viel beschäftigter Mann. Sein Verteidigungsausschuss hat in dieser Wahlperiode fast 80-mal getagt. Dazu kommen Plenardebatten, Partearbeit, Termine im Wahlkreis – und nicht zu vergessen sein Job als Präsident des FC-Bayern-München-Fanklubs im Bundestag.

Trotzdem hat Hahn noch Zeit für eine weitere Nebentätigkeit: Der CSU-Abgeordnete sitzt im Aufsichtsrat der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG). Die Firma aus seinem Wahlkreis bei München überweist ihm dafür laut Bundestagsverwaltung bis zu 30 000 Euro pro Jahr. Was erwartet sie dafür?

Vertrauliche Unterlagen aus dem Verteidigungsausschuss („VS – Nur für den Dienstgebrauch“), die der SPIEGEL und das ARD-Magazin „Report Mainz“ gemeinsam ausgewertet haben, könnten nun eine Antwort liefern: Hahn ist im Parlament als Berichterstatter für viele Rüstungsprojekte seiner IABG zuständig. Ganz gleich ob Raketen, Kampfdrohnen oder Luftabwehrsysteme: Wenn es um Staatsaufträge für seine Firma geht, setzt sich Hahn im Bundestag gern dafür ein.

Es gehört sicherlich zu den Hausaufgaben eines Abgeordneten, dass er sich für den eigenen Wahlkreis starkmacht. Problematisch wird es, wenn Honorare fließen. Das ist in genau definierten Grenzen zwar legal. Trotzdem haftet solchen Geschäften mindestens ein Geschmäcke an, wie Hahns Geschichte lehrt. Sie zeigt, wie schwer es manchen Abgeordneten fällt, die Rolle des Volksvertreters von der eines Lobbyisten zu trennen.

Im Rüstungsbereich sind die Folgen besonders gravierend: Die Abgeordneten beraten hinter verschlossenen Türen über

milliardenschwere Rüstungsprojekte, die den Steuerzahler auf Jahrzehnte belasten. Die Öffentlichkeit kann kaum nachvollziehen, wer wie entschieden hat.

Hahn, 42, stammt aus Oberbayern, wo die Waffenindustrie traditionell stark ist. Schon als Werkstudent arbeitet er beim Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann. 2009 zieht Hahn erstmals in den Bundestag ein. Dort kümmert er sich auch um Verteidigungsthemen. Das ist praktisch, denn in seinem Wahlkreis sitzen Betriebe wie Airbus – und eben die IABG. Nach seinem Parlamentseinzug beruft ihn die Firma in den Aufsichtsrat. Und verschafft Hahn damit ein hübsches Nebeneinkommen.

Die IABG wurde einst für den Bund als Analyse- und Testeinrichtung gegründet und später privatisiert. Heute ist die Firma ein Dienstleister für zivile und militärische Hightech-Projekte. Noch immer kommen viele Aufträge vom Staat. Ein gutes Verhältnis zur Politik kann da nur helfen. Und mit dem Abgeordneten Hahn setzt die IABG auf den richtigen Mann.

Der CSU-Politiker gilt als fleißig und gut vernetzt. Hahn macht sich etwa für den „Ludwig Bölkow Campus“ in Otto-brunn stark, in den bayerische Fördermil-lionen fließen. In dem Forschungszentrum arbeiten IABG, Airbus und andere Firmen und Institute an Innovationen auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt.

Um viel Geld geht es auch im Mai 2013. Dem Ausschuss liegt ein Rüstungsprojekt zur Entscheidung vor: Der Bund soll 150 „Meteor“-Raketen für den „Eurofighter“ kaufen. Die neuen Waffen sollen durch „höhere Manövrierleistungen im Zielend-anflug“ glänzen, verspricht das Ministerium. Kostenpunkt: rund 265 Millionen Euro.

Bauen soll die Raketen das Unternehmen MBDA aus Oberbayern. Ein kleinerer Teil des Geldes kommt auch Hahns IABG zugute. So steht es in der internen Vorlage 55/13: Das Unternehmen solle „nationale Simulations- und Bewertungsarbeiten“ für „Meteor“ durchführen.

Im Ausschuss wirbt Hahn für „Meteor“. Als Berichterstatter ist er der zuständige Fachmann seiner Fraktion. Die Entwicklung des Flugkörpers sei fast vollständig abgeschlossen, sagt Hahn laut Protokoll. Seine Fraktion plädiert dafür, „dem jetzt zuzustimmen“. Und der Ausschuss votiert mehrheitlich dafür.

Nach seinem Wiedereinzug in den Bundestag im Herbst 2013 macht Hahn weiter Karriere. Er übernimmt den „Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik“ der CSU, wo sich christsoziale Rüstungsfreunde versammeln. In seiner neuen Funktion veranstaltet Hahn Ende 2014 am Firmensitz der IABG einen „Wehrtechnischen Kongress“ des CSU-Arbeitskreises. IABG darf sich über prominente Gäste freuen: Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei Marcel Huber und Verteidigungsstaatssekretärin Katrin Suder beehren das Unternehmen.

Kurz darauf erscheint zum ersten Mal das „Bulletin Außen- & Sicherheitspolitik“, eine CSU-Broschüre über Verteidigungsthemen. Das Geleitwort schreibt Florian Hahn. Einziger Anzeigenkunde: die IABG. In der zweiten Ausgabe Ende 2015 schaltet die Firma wieder eine Anzeige.

Wie viel hat sie dafür bezahlt? Und wer bekam das Geld genau? Das will Hahn nicht sagen. Die Kosten für den Kongress und die Einnahmen aus den Werbeanzeigen würden „in Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz“ verbucht.

Im Juli dieses Jahres steht im Bundestag erneut ein Rüstungsprojekt auf der Agenda. Wieder ist die IABG involviert. Und wieder macht sich Hahn für das Vorhaben stark. Es geht um die Entwicklung einer neuen europäischen Kampfdrohne, die ab 2025 im Einsatz sein soll. Den Zuschlag für eine „Definitionsstudie“ will das Ministerium einem Konsortium um Airbus erteilen. Ein begleitendes „Ergebnismonitoring“ soll IABG übernehmen.

Als das Thema im Verteidigungsausschuss aufgerufen wird, ergreift der Abgeordnete und IABG-Aufsichtsrat Hahn als Erster das Wort. Man versuche schon seit vielen Jahren, die Drohne „voranzutreiben“, sagt Hahn. Jetzt gehe man den „entscheidenden Schritt“. Insofern sei es „nur folgerichtig“, Entwicklungsstudien in Auftrag zu geben. Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen der Regierungsfractionen zu. 7,3 Millionen Euro werden für IABG und eine andere Firma eingeplant.

Bei Oppositionspolitikern sorgt Hahns Verhalten für Unmut. „Eine bezahlte Nebentätigkeit in einem Rüstungsunternehmen schafft einen nicht auflösbaren Interessenkonflikt“, sagt die Obfrau der Grünen im Verteidigungsausschuss, Agnieszka Brugger: „Wer so handelt, riskiert das wert-

volle Vertrauen der Bürger.“ Ihr Kollege von den Linken, Alexander Neu, fragt sich gar, „ob Hahn von der Rüstungsindustrie in den Bundestag geschickt wurde“.

Im Verteidigungsausschuss steht derweil das nächste Militärprojekt an. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will noch in dieser Wahlperiode den Vertrag für Entwicklung und Kauf eines milliardenschweren Luftabwehrsystems abschließen. Es geht um eines der größten Vorhaben der nächsten Dekade: Welche Waffe überwacht in Zukunft den Luftraum, wenn die Bundeswehr im Einsatz ist?

Zwei Bewerber konkurrieren um den Auftrag: „Patriot“ und „Meads“. Die IABG hat wieder ihre Finger im Spiel. Sie begleitet das Projekt als Berater des Verteidigungsministeriums und hält Anteile an einer Firma, die Analysen für „Meads“ erstellte.

Berichterstatter im Ausschuss ist, man ahnt es, Hahn. Er führt das Wort – und lässt keine Gelegenheit aus, „Meads“ zu fördern. Als von der Leyen die Weichen zugunsten von „Meads“ stellt, sagt Hahn laut Protokoll: Es sei „kein Geheimnis“, dass „er immer für das Projekt ‚Meads‘ geworben habe“. Deutschland brauche jetzt ein neues System, das den „Zeichen der Zeit“ entspreche. Dies

könne der Wettbewerber „Patriot“ „gegenwärtig nicht gewährleisten“.

Hahn kann in all dem „keinerlei Interessenkonflikte“ erkennen. Er lege seine Nebeneinkünfte offen und trenne die Aufgaben im IABG-Aufsichtsrat aus seiner Sicht „eindeutig von denen im Deutschen Bundestag“. Bei Rüstungsvorhaben im Verteidigungsausschuss orientiere er sich „einzig und allein an den Interessen Deutschlands“. Rudolf Schwarz, Chef bei IABG, sagt, Hahn mache keine Politik im Auftrag des Unternehmens. Die Firma akquiriere ihre Projekte schon lange, bevor der Ausschuss tätig werde.

Doch es bleibt dabei: Wichtige IABG-Vorhaben müssen durch den Verteidigungsausschuss, wo auch Hahn abstimmt.

Für Korruptionsbekämpfer wie Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International in Deutschland, ist Hahns Verhalten nicht hinnehmbar. Es sei unverständlich, dass ein Parlamentarier als Berichterstatter „zugleich im Aufsichtsrat eines Unternehmens sitzt, das einen Auftrag bekommen soll“, sagt sie. „Der Abgeordnete müsste sich hier der Mitwirkung entziehen und deutlich machen: Ich habe einen Interessenkonflikt.“

Sven Becker

Mail: sven.becker@spiegel.de